

Politische Institutionentheorie und -kritik

Tagung an der Universität Wien, 13-15.03.2019

Call for Papers

Innerhalb der Politischen Philosophie und Politischen Theorie haben sich in den letzten zehn Jahren viele Diskussionen um die Unterscheidungen zwischen dem Politischen und der Politik gedreht (Bedorf/Röttgers 2010; Marchart 2010). Während das Politische dabei für die Dimension der Gründung steht, in deren Zuge sich Gesellschaft allererst konstituiert, steht die Politik dabei für die Dimension der Verwaltung, mit deren Hilfe sich Gesellschaft festigt. Theorien des Politischen haben sich dabei vor allem gegen verschiedene Formen des Fundamentalismus gewandt, welche Gesellschaft auf Substanz, Tradition oder letzte Gründe aufzubauen versuchen und dagegen stark gemacht, dass politische Ordnungen kontingent sind und also solche auf dem antagonistischen Konflikt um ihre angemessene Einrichtung ruht. Die Ausarbeitung dieser Perspektive in den wissenschaftlichen Debatten hat jedoch dazu geführt, dass die Dimension der Institutionalisierung untertheoretisiert geblieben ist. Fokussiert auf revolutionäre Gründungsereignisse wie 1789, 1917, 1968, 1989 wurde die Politik und ihre scheinbar bloß bürokratische und reformistische Anlage weitgehend vernachlässigt.

Nun hat allerdings schon Hannah Arendt in ihrer einschlägigen Arbeit *On Revolution* darauf hingewiesen, dass zum politischen Handeln nicht nur die Dimension der Gründung, sondern auch die Dimension der Verstetigung gehört. Und eben an dieser zweiten Dimension sind die meisten gesellschaftlichen Umbrüche bisher gescheitert. Für umso notwendiger hält es Arendt daher, eine Theorie politischer Institutionen auszuarbeiten, die dem Pluralismus unserer Gegenwart gerecht wird. Gesellschaftliche Umbrüche vollziehen sich nach Arendt erfolgreich nur im Zusammenspiel zwischen dem Politischen und der Politik. Dass der Zusammenhang von Umbruch und Verstetigung kein zufälliger ist, erweist sich etwa schon etymologisch anhand der Übersetzung des phänomenologischen Begriffs der Stiftung als „institution“, wie er für Merleau-Ponty und die an ihn anschließenden Lefort und Castoriadis politiktheoretisch wegweisend geworden ist. Diese Intuition aufnehmend geht es um auf der Tagung darum, danach zu fragen, wie und inwiefern unter der Voraussetzung einer Theorie des Politischen heute Politik gedacht werden kann:

Wie kann ein Institutionendesign aussehen, welches sich auf die Bodenlosigkeit des Politischen gründet? Wie lässt sich eine Politik instituieren, welche das Außerordentliche, die Alterität und die Singularität nicht nur als Störungen und Abweichungen von prozeduralistisch geregelten Verfahren ansieht, sondern auf diese zu antworten vermag? Wie also kann eine rezente Institutionentheorie vor dem Hintergrund gegenwärtiger Theorien und Herausforderungen aussehen?

SprecherInnen u.a.: Felix Heidenreich, Andreas Hetzel, Thorsten Thiel, Stefan Wallaschek, Manon Westphal.

Einreichungen bis zum 4.11.2018 an matthias.flatscher@univie.ac.at oder steffen.herrmann@fernuni-hagen.de Die Rückmeldung über Annahme von Papern erfolgt bis Ende November.

Organisation

Oliver Marchart | Matthias Flatscher (Wien)

Thomas Bedorf | Steffen Herrmann (Hagen)